

Thüringer Landtag
6. Wahlperiode
zu Drs. 6/6931

– Vorabdruck –

THÜR. LANDTAG POST
13.06.2019 08:10

An die Präsidentin
des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel, MdL

13397/2019

Drs. 6/7356

zu Drs. 6/6931

12. Juni 2019

Antrag

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

**zu der Unterrichtung der Landesregierung
- Drucksache 6/6931 -**

Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023 für den Freistaat Thüringen

Freiheit bewahren – Sicherheitsbehörden stärken

Der Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der anstehenden Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2024 die folgenden haushaltspolitischen Maßgaben zu beachten:

Innere Sicherheit ist wesentliche Grundlage für die Lebensqualität der Menschen und auch ein wichtiger Standortfaktor in unserem Land. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den Kernaufgaben jeder Regierung. Die gesamte Sicherheitsarchitektur muss mit den aktuellen Gefährdungen Schritt halten. Um die Sicherheit im Freistaat weiter auf hohem Niveau zu halten, sind die Thüringer Sicherheitsbehörden personell so aufzustellen und technisch so auszustatten, dass der Freistaat der gestiegenen Gefährdungslage insbesondere durch islamistische und andere Extremisten auf Augenhöhe begegnen kann.

Wir stehen zu unserer Polizei. Die Landesregierung muss den „Pakt für den Rechtsstaat“ einhalten. Anreize für die Polizeiausbildung, Einstellungsverfahren und Beförderungsmöglichkeiten sind zu verbessern, um den Polizeidienst insgesamt attraktiver zu machen. Die Aus- und Fortbildungskapazitäten beim



Bildungszentrum der Thüringer Polizei in Meiningen müssen nachhaltig ausgebaut werden. Gutes Personalmanagement erfordert darüber hinaus ein Personalentwicklungskonzept und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine zusätzliche Ausbildungshundertschaft ist einzurichten, um die zur Zeit unbesetzten Dienstposten im Polizeivollzug zeitnah aufzufüllen.

Der Polizeivollzugsdienst ist von bürokratischer Tätigkeit zu entlasten und auf die Kernaufgaben Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Prävention zu beschränken. Aufgaben wie Objektschutz oder Schwertransportbegleitung auf Autobahnen müssen nicht durch Polizeibeamte erfüllt werden. Es ist sicherzustellen, dass die technische und persönliche Ausstattung unserer Polizisten dem jeweiligen Stand der Technik entspricht. Das Beschaffungswesen ist zu effektivieren und die Beschaffungsvorgänge müssen beschleunigt werden. Zu einer modernen Ausstattung gehören auch Body-Cams.

Auch beim Landeskriminalamt müssen das Personal aufgestockt und Stellen angehoben werden. Gerade für die prioritäre Abwehr von Cyberkriminalität lassen sich nur so kompetente Mitarbeiter gewinnen.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit braucht auch einen leistungsfähigen Verfassungsschutz, der Gefahren frühzeitig erkennt und abwehren kann. Angesichts wachsender Risiken durch politische Gewaltkriminalität und unkontrollierte Einreisen benötigen unsere Sicherheitsbehörden alle rechtlich möglichen Mittel, um Schaden von unserem Land und seinen Bürgern abwenden zu können. Die Landesregierung muss ihren Sonderweg beenden und wieder verstärkt V-Leute einsetzen; sie sind ein unverzichtbares nachrichtendienstliches Instrument. Der Verfassungsschutz ist technisch und personell zu stärken.

Thüringen ist dankbar für starke Präsenz der Bundeswehr im Land und ist stolz auf den Beitrag, den unsere Soldatinnen und Soldaten für Deutschlands Sicherheit leisten – weltweit, aber auch immer wieder im Inland, bei Katastrophen und Großschadensereignissen.

Zur Gewährleistung flächendeckender Sicherheit hat auch der Brand- und Katastrophenschutz unverändert hohe Priorität. Vor allem die Ausbildungsmöglichkeiten der Thüringer Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz müssen räumlich und personell verbessert werden. Aber auch in den Kommunen muss das Land die Ausbildung der Feuerwehren und die Brandschutzerziehung verstärkt fördern.

Begründung:

Die Versäumnisse der rot-rot-grünen Koalition in der Inneren Sicherheit müssen gleich zu Beginn der nächsten Legislatur aufgearbeitet werden, damit Thüringen nicht weiter zurückfällt. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag gibt mit ihren vorstehenden sicherheitspolitischen Schwerpunkten für die Finanzplanung 2020-2024 dafür den Rahmen vor.

Für die Fraktion:



Mike Mohring